

V17 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 04.06.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und 2 Gerechtigkeit

3 Jahrzehntlang hat sich Deutschland in immer stärkere Abhängigkeit von fossilen
4 Energieimporten begeben. Nicht zuletzt die Abhängigkeit von günstigem Gas aus
5 Russland stieg zuletzt auf bis zu 55 Prozent und unterstützte damit jahrelang
6 ein System, das heute einen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine führt,
7 unsagbares Leid verursacht und die gesamte Region destabilisiert. Diese Probleme
8 werden seit dem 24. Februar 2022 von Wirtschaft und Politik mit voller
9 Konsequenz adressiert. Unser Land aus dieser Abhängigkeit zu befreien, bindet
10 enorme politische und volkswirtschaftliche Kraft, Energiepreise sind gestiegen
11 und die Verunsicherung ist gewachsen, im Ergebnis zeigt sich eine Stagnation der
12 Wirtschaft.

13 Das hat Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den Ländern
14 oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der
15 Investitionsbedarf hoch wie nie.

16 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und
17 verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von
18 Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und
19 Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten
20 Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung
21 priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig. Konkret heißt das zum
22 Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde,
23 kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt
24 werden.

25 Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale
26 Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen
27 Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen,
28 dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der
29 Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den
30 Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein
31 mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu
32 realisieren. Davon unabhängig kann ein sozialpolitischer Kahlschlag aus grüner
33 Sicht nicht die Antwort auf die Zeitenwende sein.

34 Dazu kommt, dass die Zeitenwende eine ganze Reihe neuer Ausgabennotwendigkeiten
35 mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine
36 Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer
37 Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese
38 Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

39 Unter diesen neuen Realitäten bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz
40 verankerten Schuldenregeln das Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige
41 Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen
42 Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. Das
43 werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten
44 Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den
45 versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die
46 notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die
47 öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen
48 erfolgen müssen, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen erhalten zu
49 können.

50 Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu
51 gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche
52 Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass
53 er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit
54 muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die
55 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und
56 zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

57 Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an
58 die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere
59 Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert
60 gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für
61 Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales
62 Engagement im humanitären, entwicklungs- oder klimapolitischen Bereich
63 abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher
64 zutage tretenden Auswirkungen der Klimakrise - die Welt ist heute eine andere
65 als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht mit einer
66 überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch wollen einige
67 weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch fiskalisch
68 abzubilden. Die Schuldenregeln im Grundgesetz und in einigen Landesverfassungen
69 sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor 15 Jahren das
70 Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie können angepasst
71 werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

72 Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir.
73 In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer
74 mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schuldenregeln. Konservative und
75 arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände,
76 Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht
77 zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite
78 über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommiertere
79 Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund
80 der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für
81 Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere
82 Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

83 Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb
84 wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen
85 Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die
86 notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

87 Als GRÜNE haben wir dazu auf allen Ebenen konstruktive Vorschläge gemacht
 88 appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle
 89 unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden.

90 Mona Neubaur hat als NRW-Wirtschaftsministerin einen Vorschlag für einen
 91 Investitions-Booster zur Förderung privater Investitionen in klimafreundliche
 92 Maßnahmen gemacht. Jedes Unternehmen, das in klimafreundliche Maßnahmen
 93 investiert, soll darüber eine Steuergutschrift von 25 Prozent des
 94 Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum erhalten. Damit kann der
 95 Staat mit jedem Euro das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Förderfähig
 96 wären Maßnahmen wie Investitionen in Schieneninfrastruktur, Wasserstoffnetze,
 97 energetische Gebäudesanierungen, Elektromobilität sowie Forschung und
 98 Entwicklung. Damit orientiert sich der Investitions-Booster an einem
 99 vergleichbaren Instrument des US-amerikanischen Inflation Reduction Act.

100 Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat ihrerseits den „Deutschland-Investitionsfonds
 101 für Bund, Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen
 102 umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und
 103 Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und
 104 private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds
 105 soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des
 106 Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der
 107 Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um
 108 dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den
 109 öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu
 110 ermöglichen.

111 Mit dem Deutschlands-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die
 112 Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite
 113 zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum
 114 für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger
 115 Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

116 Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare wirtschaftliche
 117 Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen
 118 Landschaft formulieren, indem sie

- 119 • Notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- 120 • Den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen,
 121 Handlungsspielräume öffnen
- 122 • Transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem
 123 Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- 124 • Ausgaben für wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausspielen gegen jene in die
 125 soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren und
- 126 • Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den
 127 Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -
 128 Industrien stärken.

129 Als GRÜNE in Nordrhein-Westfalen unterstützen wir diese Vorschläge und werben
130 aktiv dafür, die Debatte um eine zukunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik
131 offen und pragmatisch zu führen.

Begründung

erfolgt mündlich